

Leitlinien der FREIE WÄHLER Main-Kinzig-Kreis

Präambel

Wir FREIE WÄHLER stehen für eine unabhängige und sachbezogene Kommunalpolitik, die sich nur den Bürgerinnen und Bürgern des Main-Kinzig-Kreises, aber keinen Parteiinteressen verpflichtet fühlt. Wir mögen keine Entscheidungen von oben ohne intensive Bürgerbeteiligung vor Ort.



Mehr Freiraum für die Kommunen

Wir sehen die Städte, Gemeinden und Kreise als die politische Basis des Staates. Sie brauchen Spielraum für Investitionen und Gestaltung.

- Gesicherte Finanzausstattung durch einen fairen kommunalen Finanzausgleich.
- Schluss mit dem Griff in die kommunalen Kassen durch Land und Bund.
- Bürgernahe Verwaltung. Übertragung der Aufgaben der Regierungspräsidien auf die Kommunen. Keine Mammutkreise durch eine neue Gebietsreform.
- Kein Ausverkauf kommunaler Versorgungseinrichtungen an Großkonzerne. Strom, Gas und Wasser sind Grundbedürfnisse und bedürfen kommunaler Kontrolle.



Arbeit muss sich lohnen

Wir stehen für eine faire soziale Marktwirtschaft. Ausdrücklich bekennen wir uns zu einem starken Mittelstand.

- Stärkung der heimischen Wirtschaftsstruktur durch Abbau von Bürokratie und Überregulierung.
- Faire Partnerschaft von Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Menschen sind keine Verfügungsmasse.
- Verbesserung der Infrastruktur in Verkehr und Wirtschaft, z.B. flächendeckendes Internet, Nordmainische S-Bahn, Erneuerung der Bahnhöfe.
- Stärkung des traditionellen Einzelhandels, insbesondere im innerörtlichen Bereich.



Zukunft für den ländlichen Raum

Der Main-Kinzig-Kreis ist einer der schönsten Kreise in Hessen. Wir wollen eine Politik-Offensive für unsere Regionen.

- Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft, Erhalt des Landschaftsbildes.
- Sicherstellung der Hausarztversorgung, Unterstützung von Senioreneinrichtungen und Betreuungsnetzwerken, Weiterentwicklung und Ausbau der kommunalen Krankenhäuser.
- Keine Auszehrung einzelner Regionen durch Schließung von Schulen, Kürzungen im ÖPNV oder im Straßenbau.
- Förderung des Tourismus. Verstärkter Ausbau von Rad- und Wanderwegen.



Kinder sind unser Vermächtnis

Wir halten Familie, Vereine und Schulen für wesentliche Grundlagen des Gemeinschaftslebens. Sie verdienen besondere Förderung.

- Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbau der Ganztagsbetreuung, der Ganztagschule und der Inklusionsmöglichkeiten für Kinder mit Behinderungen.
- Verstärkung und Ausbau der Schulsozialarbeit. Öffnung der Schulen für Kommune und Vereine.
- Förderung der Vereine. Sport-, Kunst- und Musikunterricht in der Schule und Arbeit der Vereine ergänzen sich. Die Turnhallen bleiben für Vereine kostenfrei.
- Sanierung der Schulgebäude und Schultoiletten, Ausbau naturwissenschaftlicher Abteilungen und Förderung praxisorientierter Unterrichtsformen.



Die Energiewende ist wegweisend

Wir wollen eine sichere, umweltschonende, bezahlbare und gesellschaftlich akzeptierte Energieversorgung in Hessen.

- Gestaltung der Energiewende mit den Menschen vor Ort. Frühzeitiger Dialog.
- Unterstützung eines Energiemix zum Ausgleich von Schwankungen bei der Energieproduktion.
- Förderung von Beteiligung von Kommunen und Bürgerinnen und Bürgern an Projekten im Bereich der erneuerbaren Energien. Förderung des Zusammenschlusses von Kommunen.
- Unterstützung von Bürgerbefragung, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid.



Prävention und Sicherheit

Sicherheit bedeutet Lebensqualität. Sie ist ein zentraler Wert für das Miteinander in unserer freiheitlichen Gesellschaft.

- Unterstützung des freiwilligen Engagements bei Feuerwehr, THW, im Zivil- und Katastrophenschutz und bei sozialen Diensten.
- Stärkung des Polizeidienstes. Erweiterte Polizeipräsenz im Main-Kinzig-Kreis.
- Vermittlung von gesellschaftlichen Wertvorstellungen durch Training des Umgangs mit gewaltfreier Konfliktlösungen in Kindergarten, Schule und Jugendeinrichtungen.
- Einbeziehung und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Das Ziel ist Zusammen zu leben und nicht nebeneinander. Leitlinie dabei ist Fördern und Fordern.



Diese Leitlinien treten am Tage der Beschlussfassung in Kraft.
Beschlossen in der Vorstandssitzung am 19. Juli 2015 in Linsengericht-Großenhausen.

Damit Bürgerbeteiligung Wirklichkeit wird!